

gen finden sich in dem Jugendseminar auch Katholiken, Baptisten und Juden ein. Verbürgt sind auch Kontakte sowjetischer Jugendlicher zu tschechoslowakischen. Nichts hingegen ist von Verbindungen nach Ungarn bekannt.

Welches christliche Potential im Osten heranreift, in welchem Umfang und in welcher Ausrichtung, muß abgewartet werden. Die Entwicklung ist jedenfalls noch im Fluß. Eine Beeinflussung vom Westen aus ist schwer möglich und kaum wünschenswert, denn die Jugend im Osten ist einen so schweren und eigenständigen Weg gegangen, daß ihr kaum von hier aus Zeichen gesetzt werden können. Zweierlei scheint hingegen bemerkenswert zu sein: es handelt sich in allen Fällen um Bewegungen im Rahmen

der Kirche – in Ungarn entwickelten sich die Basisgruppen nur aus Sicherheitsgründen außerhalb der örtlichen Pfarreien, aber um katholische Priester, die ihrerseits eine innerkirchliche Entfaltung garantieren – gleichzeitig aber auch um charismatische Bewegungen, die eine „neue“, vom Christlichen durchdrungene Gesellschaft zum Ziel haben. In Polen vollzieht sich das innerkirchlich – in den anderen Ländern ist dies so nicht möglich.

Zu fragen bleibt, ob diese Bewegungen eines Tages auch die Jugend im Westen beeinflussen könnten. Voraussetzung dafür wäre eine weitaus größere Publizität des religiösen Einsatzes osteuropäischer Jugendlicher, die aber aus den bekannten Gründen weitgehend nicht möglich ist.

Diethild Treffert

Brennpunkte

Christentum – Sozialismus – Kirche

Zur Situation in Simbabwe-Rhodesien

In der Nacht vom 17./18. April ist Simbabwe (Rhodesien) unabhängig geworden. Aus diesem Anlaß gibt unser Afrika-Mitarbeiter (Michael Traber, z. Z. London) einen Überblick über die aktuelle Situation des Landes. Aus genauer Kenntnis des früheren Guerillaführers und neuen Regierungschefs Robert Mugabe ist er hinsichtlich einer demokratischen Zukunft des Landes unter Mugabes Führung und in bezug auf die Ernsthaftigkeit seiner Neutralitätspolitik und der Wahrung der religiösen Freiheit im Innern zuversichtlich. Die nach den Wahlen vom März eingeschlagene Politik Mugabes scheint ihm jedenfalls für die Gegenwart recht zu geben.

Zum ersten Mal in der Geschichte Afrikas waren Gott, Religion, christliche Kirche und „atheistischer Kommunismus“ die Hauptthemen nationaler Wahlen – und zwar bei Wahlen, die nach siebenjährigem Befreiungskrieg Vorbedingung für die Erlangung der Unabhängigkeit waren. Das Thema Religion wurde nicht zum Streitpunkt in einer Art afrikanischem Kulturkampf, noch war es von der Entgegensetzung katholisch – protestantisch geprägt. Es ging schlicht um die propagandistische Verwertung einer in der neueren politischen Geschichte nicht unbekanntem Polarisierung: Sozialismus-Atheismus gegen Christentum, Freiheit und Wohlstand. Die Propaganda schlug fehl. Zwei Drittel der schwarzen Wähler Rhodesiens stimmten für den angeblichen Marxisten *Mugabe*, fast ein Viertel entschied sich für den angeblich Moskau-hörigen *Nkomo*, und der offizielle Exponent von Christentum und Freiheit vereinigte nur 8% der Wählerstimmen auf sich.

Das mag nicht durchwegs aus Vertrauen in Robert Mugabe geschehen sein, wohl aber aus der Einsicht, daß ein Sieg Mugabes am ehesten die Voraussetzungen schaffen würde, das Land zu befrieden.

Man könnte versucht sein, das Wahlthema Christentum-Marxismus als eine unglückliche Episode in der Geschichte von Rhodesien-Simbabwe abzutun. Aber erstens war es keine Episode, sondern der Gipfelpunkt eines langjährigen systematischen Bemühens, die Erhaltung des *Status quo* in Rhodesien durch Religion und Christentum zu legitimieren. Zweitens ist zu erwarten, daß das Thema im neu unabhängigen Staat Simbabwe weiterwirken und das Verhältnis zwischen Regierung und Kirchen beeinflussen wird. Drittens werden sich jetzt auch andere Regierungen fragen, wieweit es sinnvoll ist im südlichen Afrika für oder gegen Kirche und Christentum aufzutreten, nachdem die schwarzen Wähler Rhodesiens gezeigt haben, daß Christentum und Marxismus als Waffen in den Händen von Politikern sich als erfolglos erwiesen haben.

Bischof Muzorewa, das Christentum und die Reaktion der katholischen Kirche

Hier sollen in erster Linie die religiös-kirchlichen Aspekte des rhodesischen Wahlkampfes und des am 4. März verkündeten Wahlsieges Mugabes untersucht werden. In zweiter Linie geht es um die Probleme, denen der neue Staat gegenübersteht und die Rolle, welche die Kirchen

beim Wiederaufbau des Landes spielen können (vgl. HK, Juni 1979, S. 319–325).

Die meisten führenden Politiker Simbabwe sind stark von Kirche und Christentum geprägt worden. Mehrere haben kirchliche Ämter bekleidet, so Pfarrer *Ndabaningi Sithole* (Methodist), der neue Staatspräsident *Canaan Banana* (Methodistenkirche britischen Ursprungs), *Joshua Nkomo* (einst Laienprediger in der presbyterianischen Kirche britischer Herkunft) und – am sichtbarsten – der Landesbischof der Vereinigten Methodistenkirche, *Abel T. Muzorewa*. In Afrika nimmt man diese Rollenkopplung zumindest in der Phase der Entkolonisierung ohne Anstoß hin. Will aber ein kirchlicher Amtsträger als nationaler Führer anerkannt werden, hängt das von gewissen Bedingungen ab: Er darf seine politische Rolle nicht zugunsten der eigenen Kirche, noch seine kirchliche Rolle zugunsten der eigenen Partei mißbrauchen; er soll ferner Politik nicht gleichsam im Namen Gottes und des christlichen Glaubens, sondern im Namen und im Interesse des Volkes machen.

Gerade das letztere hat aber Bischof Muzorewa im rhodesischen Wahlkampf getan. Er versuchte, aus seinem kirchlichen Amt Kapital zu schlagen. Er zeigte sich in der Öffentlichkeit immer im „römischen Kollar“ mit goldenem Brustkreuz und „verkürztem“ elfenbeinernen Hirtenstab; auf Fotos war er in vollem bischöflichen Ornat abgebildet. Muzorewa bediente sich gezielt einer biblisch getönten Sprache: „Das Volk wird Land haben... wird die Früchte der Erde genießen können... wird Schulen haben... Wohnungen“ usw. Bei jeder größeren Wahlversammlung kam er in einer Helikopterparade „vom Himmel herab“. Er bediente sich auch leichter Flugzeuge, um seine Stimme aus dem Himmel dröhnen zu lassen (sky-hailers): „Ich bin ein Mann Gottes. Ich bringe euch den Frieden...“ Er beschloß die Wahlversammlungen mit einem langen Gebet. Der wichtigste Punkt in der Wahlstrategie Muzorewas war aber die Diskreditierung Robert Mugabes als antireligiösen und antichristlichen Marxisten. Der christliche Mantel, den Muzorewa der United African National Party (UANC) umschlug, hat viele Christen und Kirchenführer abgestoßen. Manche sahen darin groben politischen Mißbrauch von Kirche und Christentum. Doch kam es nicht zu öffentlichen Protesten, was beim angeheizten Klima der rhodesischen Wahlen verständlich war.

Die Haltung der katholischen Bischöfe gegenüber den Wahlen wurde schon am 13. Dezember 1979 in einem Schreiben an Priester und Ordensleute zum Ausdruck gebracht. Die Bischöfe gaben ihren Mitarbeitern vier Punkte zu bedenken und forderten sie auf, darüber möglichst viele objektive Informationen zu sammeln, „um den Gläubigen in der Beantwortung dieser Fragen behilflich zu sein“:

„1. Welche Partei ist, gemäß Wahlprogramm, am ehesten bereit, die Menschen in unserem Land zu einigen – über Rasse und Stamm hinaus, und wo immer solche Einigung notwendig ist?

2. Welche Partei ist, gemäß Wahlprogramm, am fähigsten, eine gerechtere Verteilung der materiellen Güter in die Wege zu leiten (to encourage)?

3. Welche Partei ist, gemäß Wahlprogramm, am offensten gegenüber der Freiheit der Christen und Menschen anderer Religionen, um Gottesdienst und Lehrverkündigung zu gewährleisten gemäß dem Glauben und den im Gewissen verpflichtenden Idealen?

4. Welche Partei wird, gemäß Wahlprogramm, am ehesten fähig sein, das Gleichgewicht zwischen persönlichen Freiheiten und den Rechten der Gesellschaft herzustellen und sich in besonderer Weise der Schwächsten in der Gesellschaft anzunehmen?“

Nur eines der vier Kriterien zur Beurteilung der Politik der einzelnen Parteien wurde publik gemacht: Punkt 3. Eine Woche vor den Wahlen sagte ein Sprecher der Bischofskonferenz gegenüber der Presse: „Als christliche Führer fordern sie [die Bischöfe], daß alle Parteien eine unzweideutige Erklärung abgeben, daß sie nicht nur Glaubens- und Kultusfreiheit gewährleisten, sondern auch die Freiheit, im neuen Simbabwe den christlichen Glauben zu propagieren.“ Hinter dieser weit schärfer formulierten Fassung des Punktes über Glaubensfreiheit stand die Furcht der Bischöfe, daß die Partei Mugabes die freie Verbreitung des Glaubens nicht zulassen könnte. Bemerkenswert ist ebenfalls, daß das eigentliche Thema des Wahlkampfes, die Herbeiführung eines echten und dauernden Friedens, von den Bischöfen überhaupt nicht erwähnt wurde. Nach Auffassung der Mehrheit der schwarzen Wähler konnte aber der Friede nur durch die Wahl der Patriotischen Front sichergestellt werden.

Weniger vorsichtig verhielt sich Bischof *Donal R. Lamont*, der am 5. Januar aus dem Exil nach Rhodesien zurückgekehrt war. Der britische Gouverneur, *Lord Soames*, gab Lamont die Erlaubnis, 30 Tage im Land zu bleiben, wonach er sich um eine Verlängerung bewerben könne. Aus Protest gegen die Haltung der englischen Verwaltung verließ der Bischof am 30. Tag nach seiner Ankunft wieder das Land. Erst zur Unabhängigkeitsfeier kehrte Lamont wieder nach Salisbury zurück, wo er, von der Regierung Mugabe geehrt, seinen Rücktritt als Bischof von Umtali bekanntgab. Sein Nachfolger ist der von ihm konsekrierte afrikanische Weihbischof *Patrick Mutume*. Damit trat Lamont auch als Führer der katholischen Kirche Rhodesiens zurück, eine Rolle, die er zwanzig Jahre lang ausgeübt und die ihn als Vorkämpfer der Rechte der Afrikaner in der ganzen Welt bekannt gemacht hatte (vgl. *Ian Linden*, „Church and State in Rhodesia“, 1959–1979, Reihe „Entwicklung und Frieden“, München–Mainz 1979, S. 37–57. Es war der Partei Muzorewas nicht entgangen, daß die katholische Wochenzeitung „Moto“ (Feier), die Mitte Januar nach fünfjährigem Verbot wieder erscheinen durfte, im Wahlkampf eine völlig andere Haltung einnahm als die übrigen Massenmedien Rhodesiens. Moto schwieg sich über Muzorewa und seine Partei fast völlig aus und konzentrierte sich in Reportagen und Kommentaren auf Mugabe und Nkomo. Der Herausgeber von Moto, der aus Südtirol stammende Missionar *Albert B. Plangger*, be-

gründete dies mit der Feststellung, daß sich alle anderen Massenmedien unverhohlen für Muzorewa einsetzten und Moto deshalb ein Gegengewicht schaffen müsse. Moto, wie viele katholische Missionare, konnten ihre Sympathien für Mugabe und Nkomo nicht verbergen. Dies führte zu einem scharfen Angriff des ehemaligen Justizministers in der Regierung Muzorewa, *Francis Zindoga*, der selbst Katholik ist. Die katholische Kirche, sagte Zindoga, befinde sich „auf einer Höllenfahrt, weil sie eine tyrannische und oppressive Regierung unterstützt, die unserem Volke vorgesetzt wird, sofern die Zanu-Partei (Mugabes) an die Macht kommt“ (The Herald, Salisbury 20. 3. 80). Kernstück der Wahlstrategie Muzorewas und seiner weißen Berater war die Brandmarkung Mugabes als Marxist, Kommunist, Sozialist, Terrorist, Diktator und Antichrist. In einer Wahlanzeige hieß es z. B.: „Simbabwe! Ein Sieg Mugabes würde bewirken, daß euer Haus, euer Land, euer Vieh und eure Ziegen verstaatlicht würden ... Diese Wahlen wären dann die letzten freien Wahlen in Simbabwe“ („The Herald“, Salisbury, 22. 2. 80).

In der Strategie der Diskreditierung Mugabes fand Muzorewa die volle Unterstützung der weißen Bevölkerung. *Ian Smith* rief bei einer Wahlversammlung den weißen Bauern zu: „Sagt euren Arbeitern, daß die Marxisten alles verstaatlichen werden, das Vieh, die Ziegen, die Hühner. Sagt ihnen, daß sie sogar die Kinder ihnen entreißen würden“ (The Herald, Salisbury, 31. 1. 80). *Smith* drohte, „das Land könnte und würde eine marxistische Regierung nicht dulden“ (The Herald, 12. 2. 80), was in der Auffassung vieler Beobachter der Androhung eines Militärcoups gleichkam, sofern Mugabe einen Wahlsieg davontrüge.

Zur Diskreditierung Mugabes wurden Abertausende von Flugblättern gedruckt, die für die ländlichen Gegenden bestimmt waren. Trotz der Proteste der offiziellen Wahlbeobachter und der Anweisung der britischen Verwaltung wurden diese Flugblätter von Flugzeugen aus über dem Land abgeworfen oder von Soldaten der rhodesischen Armee an die Bauern verteilt. Die Armee und ihre Agenten begnügten sich aber nicht mit bloß verbaler Propaganda. In der Nacht auf den 16. Februar explodierten innerhalb zehn Minuten Sprengkörper an zwei Kirchen in Salisbury. Bei einer dritten Kirche kamen zwei Mitglieder der Elite-Einheit der Selous Scouts ums Leben, als eine Bombe in ihrem Wagen vorzeitig losging. Beim Eingang der katholischen Kathedrale fand man am nächsten Morgen einen Sprengkörper und ein Blatt Papier, auf dem ein der Schona-Sprache völlig Unkundiger geschrieben hatte: „Nieder mit Muzorewa! Vorwärts mit Mugabe!“ Es bestand kein Zweifel darüber, daß diese Terrorakte von Soldaten der rhodesischen Armee verübt worden waren. Fünf Tage vor den Wahlen erschien eine gefälschte Ausgabe von „Moto“, welche die Christen aufforderte, den Marxisten Mugabe nicht zu unterstützen. Zwei Tage später wurde ein großer Teil der Mambo Press, Herausgeberin der Zeitung, durch eine Explosion zerstört. Ein Schwarzer und ein Weißer, welche die Bombe gelegt hatten, kamen dabei ums Leben. Sie waren Mitglieder der Selous Scouts.

Am meisten hatte aber das kirchliche Personal in ländlichen Gebieten zu leiden. Es war den Aktivitäten der rhodesischen Armee und ihrer „Hilfstruppen“ (auxiliaries) wehrlos ausgeliefert. Das Ziel jener Truppen waren die Missionen, die den Guerillas humanitäre Hilfe geleistet hatten. Beim Mord des Schweizer Missionars *Kilian Hüsser* (19. Februar) weisen alle Umstände darauf hin, daß die verkleideten Guerillas, welche die Missionsstation überfielen, Soldaten der rhodesischen Armee waren. Während des Wahlkampfes mußte der katholische Bischof von Gwelo fünf Missionsstationen, die während des ganzen Krieges offengeblieben waren, schließen und das Personal evakuieren. Zum Schutz einer weiteren Mission erbat er sich die Anwesenheit auswärtiger Journalisten.

Die rhodesische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden hat in Zusammenarbeit mit dem Katholischen Institut für Internationale Beziehungen (London) die Wahlen sorgfältig analysiert und zu Händen der britischen Verwaltung und der offiziellen Wahlbeobachter vier Berichte veröffentlicht. In einem Papier hat sie die Repressalien der rhodesischen Sicherheitskräfte gegen katholische Institutionen und deren Personal dokumentiert. Doch war Lord Soames außerstande, die Missionen unter wirksamen Schutz zu stellen.

Die über Jahre zielstrebig betriebene Verdächtigung Robert Mugabes und der Zanu-Partei kam in der rhodesischen Presse nach der Verkündung der Wahlergebnisse zu einem abrupten Ende. Seither wird Mugabe „gemäßigt“ und „pragmatisch“ genannt. Nicht er hatte sich geändert, sondern die Berichterstattung über ihn.

Mugabes Sozialismus und das Christentum

Es dürfte neben Präsident Julius Nyerere keinen zweiten afrikanischen Politiker geben, der sich so häufig über seine gesellschaftlich-politischen Ziele und sein Verhältnis zu Religion und Christentum ausgesprochen hat wie Robert Mugabe. Seine marxistische Rhetorik und die gegen ihn lancierte Propagandakampagne zwangen ihn dazu. Trotzdem geht das Rätselraten, ob er Christ oder Marxist sei, unverhindert weiter.

Dazu muß folgendes festgehalten werden: 1. Mugabe bedient sich in der Analyse des gesellschaftlichen Systems des marxistischen Vokabulars. 2. Die Begriffe Marxismus und Sozialismus sind für ihn sinnverwandt; er sieht zwischen ihnen keinen wesentlichen Unterschied. 3. Mugabe verwirft den Atheismus und die kirchenfeindliche Haltung gewisser Ausprägungen des Marxismus. 4. Mugabe weiß sich durchaus den demokratischen Grundprinzipien verpflichtet.

Den Kern seines Denkens trifft wohl die Aussage Mugabes, daß seine Ideologie aus *drei Quellen* stamme: Marxismus, Christentum und afrikanische Traditionen (Interview mit Public Broadcasting System, Washington, 25. 3. 80). Das Christentum, das Mugabe erfahren hat, ist

der vorkonziliäre Katholizismus. So fragte er während der Genfer Rhodesienkonferenz einen Kirchenvertreter, wie die katholische Hierarchie Rhodesiens reagieren würde, wenn das gesamte Schulwesen unter direkte staatliche Kontrolle käme. Er zitierte die entsprechenden kirchlichen Verlautbarungen zum Recht der Eltern in bezug auf die Schulung ihrer Kinder.

Ferner sieht Mugabe zwischen Marxismus und Christentum keinen grundsätzlichen Gegensatz. Im September 1978 sagte er:

„Ich verstehe nicht, wie die christlichen Kirchen von Marxismus-Leninismus bedroht werden können... Die (sozialistische) Grundlage der Organisation der Gesellschaft, welche die Menschen dazu bringt, zusammenzuarbeiten, um dem grassierenden Individualismus zu entgehen, scheint mir letztlich mit der (Lehre der) katholischen Kirche übereinzustimmen. Und dann geht es auch um den Aspekt der Liebe. Wenn die Kirche die Liebe predigt, was meint sie damit? Ist es Liebe, wenn Rockefeller die Gesellschaft ausbeutet und dies ausschließlich kraft seines durch Erbschaft und Spekulation aufgebauten Kapitals? Er verfügt über Eigentum auf Kosten der Gesellschaft... Ich glaube nicht, daß dies christliche Liebe ist... Der Individualismus des Westens erlaubt so viele Widersprüche, und wir hätten einen ständigen Konflikt zwischen jenen, die besitzen, und jenen, die nichts haben. Das heißt nicht, daß die Leute von ihrem persönlichen Besitz enteignet werden müßten – natürlich nicht. Und wir sind uns bewußt, daß wir die marxistisch-leninistischen Prinzipien nicht auf dieselbe Weise einführen können, wie sie z. B. in der Sowjetunion, in China oder selbst in Mosambik eingeführt wurden... Wir müssen unsere eigene lokale Situation, unsere Geschichte und unsere Traditionen in Rechnung stellen, um zu einem System zu gelangen, das in Übereinstimmung mit den Erwartungen unseres eigenen Volkes ist“ (Interview mit Sr. Janice McLaughlin, in: „Simbabwe – Geschichte, Kirche, Politik“, Hamburg 1979, S. 48f.).

Auch seit seiner Wahl zum Premierminister Simbawes hat Mugabe seine ideologische Haltung nicht geändert. Auf die Frage, ob er Sozialist oder Marxist sei, sagte er:

„Ich bin Sozialist. Zugegeben, wir haben einige Prinzipien aus dem Marxismus-Leninismus übernommen, und dazu stehen wir. Ich glaube, daß dies sakrosankte Prinzipien sind: daß wir zueinander gehören und füreinander da sind, daß die Ressourcen eines Landes allen gehören sollen, daß die Produktionsmittel nicht nur in den Händen von einigen wenigen sein dürfen und daß der Reichtum eines Landes möglichst gleichmäßig allen zugute kommen soll. Das sind meiner Ansicht nach heilige Prinzipien, die ihre Grundlage nicht nur im Marxismus haben, sondern auch im Christentum. Daher glaube ich auch, daß unsere marxistischen Prinzipien sich mit denen des Christentums decken. Unsere Gesellschaft ist christlich, und darüber hinaus haben wir gewisse afrikanische Traditionen, die für uns die korrekte Version des Sozialismus bestimmen werden. Aber selbst diese Art von Sozialismus muß der Situation entsprechen, die wir hier vorfinden. Deshalb haben wir die Entscheidung getroffen, die kapitalistische Struktur unseres Landes zunächst einmal anzunehmen, sie nicht über den Haufen zu werfen und sie erst später und langsam zu verändern (Moto, Gwelo, 22. 3. 80).

Am prägnantesten dürfte Mugabes geistige Standortbestimmung in folgendem Satz zum Ausdruck kommen: „Was ich als Christ gelernt habe, versuche ich als Sozialist

zu praktizieren“ (Tagesanzeiger, Zürich, 18. 4. 80). Seine jetzt verfolgte *Politik der Versöhnung* ordnet sich hier ein.

Wie aber steht es um die Außenbeziehungen der Regierung Mugabe bzw. ihre *Bindung an den Ostblock*? Inzwischen haben auch diesbezüglich die Tatsachen gezeigt, was Mugabe immer wieder beteuert hat: „Wir haben nicht so lange für unsere Unabhängigkeit gekämpft, um jetzt unsere außenpolitische Bewegungsfreiheit aufzugeben.“ Mugabe ist ein Vertreter der Blockfreiheit oder positiven Neutralität. Eine eigentliche Verpflichtung fühlt er lediglich gegenüber den Frontstaaten, vor allem Mosambik, Sambia und Tansania. Ohne die Hilfe dieser Länder wäre sein Kampf in Simbabwe wirkungslos geblieben. Mugabe respektiert auch alle anderen Regierungen, die seiner Partei und dem Land auf dem Weg zur Befreiung geholfen haben. Dazu gehören die diplomatischen Bemühungen Großbritanniens und der USA ebenso wie die Waffenhilfe, die er aus der Volksrepublik China, Jugoslawien und Rumänien erhalten hat.

Keine Verpflichtung spürt Mugabe gegenüber der *Sowjetunion*. Nur ein einziges Mal war er in Moskau, und zwar als Transitpassagier im Flughafen. Jahre hindurch versuchte der mosambikanische Präsident, von der UdSSR jene Waffen zu erhalten, welche China den Zanla-Truppen Mugabes vorenthielt. Im April 1979 erhielt *Samora Machel* eine Botschaft, die der Kreml als „endgültig“ bezeichnete: die UdSSR sei an der Unterstützung Mugabes nicht interessiert.

Ebenso gespannt war das Verhältnis der DDR zu Mugabe. Nur ein einziges Mal sah sich Ost-Berlin veranlaßt, mit ihm direkten Kontakt aufzunehmen. Eine Delegation sprach anfangs 1979 in Maputo vor und forderte ihn auf, eine in der DDR verfaßte Erklärung zu unterschreiben, die den chinesischen Einmarsch in Vietnam verurteilte. Der gegenwärtige Außenminister *Simon Mzenda* reichte das Papier ungelesen zurück und sagte, er und seine Partei seien durchaus imstande, solche Erklärungen selbst zu erlassen, sofern sie das wünschen.

Bisher sind die Bemühungen Moskaus, in Simbabwe mit Hilfe *Joshua Nkomos* eine Sonderstellung zu erlangen, fehlgeschlagen (vgl. *The Observer*, London, 6. 3. 80, und *The Guardian*, London, 12. 3. 80). Doch betonte Mugabe, er wolle der UdSSR die Möglichkeit nicht vorenthalten, „mit uns bessere Beziehungen aufzunehmen“ (Moto, Gwelo, 22. 3. 80).

Prioritäten der neuen Regierung

Die *Sicherung des Friedens* ist die höchste Priorität der neuen Regierung Simbawes. Die ersten Schritte dazu sind die Schaffung einer einzigen Armee und die gleichzeitige Demobilisierung von Truppenverbänden. Um den Zusammenschluß der drei verschiedenen Armeen zu erreichen, hat Mugabe den rhodesischen General *Peter Walls* gebeten, vorläufig (wahrscheinlich bis August) auf seinem

Posten zu bleiben. Ihm unterstehen direkt die 25 000 Berufssoldaten, die 50 000 Mann Territorialtruppen der rhodesischen Armee sowie die ca. 20 000 „Hilfstruppen“, die Bischof Muzorewa ausgehoben hatte und die ihm politisch hörig waren. Dazu kommen knapp 18 000 Mann der Zanla-Armee Robert Mugabes, die sich in Auffanglagern befinden, und rund 4 000 Freiheitskämpfer, die in Mosambik geblieben sind. Von den Joshua Nkomo unterstellten Zipra-Truppen befinden sich 5 000 in Auffanglagern und etwa 6 000 in Sambia.

Die Integration der Guerilla-Armeen und der rhodesischen Berufsarmee hat bereits begonnen. Unter Aufsicht britischer Offiziere werden in zwei getrennten Lagern je 1 300 Mann der Zanla und der Zipra mit schwarzen Soldaten der rhodesischen Armee umgeschult. In einem dritten Lager, dem Sammelplatz „Juliet“, leben seit dem 6. Januar 1 400 Zanla und 980 Zipra-Soldaten zusammen.

General Walls ist auch mit der heiklen Aufgabe betraut, die über 5 000 weißen Söldner in ihre Heimatländer zurückzuschicken und die Sondereinheiten der Selous Scouts (1 200 Mann) und der berittenen Grey's Scouts (ca. 400) aufzulösen. Dazu kommt die Umschulung der Polizei als zivile Kraft, die Entwaffnung der Zivilbevölkerung – die weiße Bevölkerung allein (220 000) besitzt etwa 160 000 Feuerwaffen – und das Einholen von Hunderten von Guerillas, die sich selbständig gemacht hatten.

Die zweite Priorität der Regierung Mugabe ist die *Reparierung der Flüchtlinge*. Während des Waffenstillstandes sind lediglich 32 000 Flüchtlinge aus den Nachbarländern zurückgekehrt. In Sambia und Mosambik warten aber immer noch 225 000 auf die Heimkehr. Die Zahl der „internen Flüchtlinge“, d. h. jener, die während des Krieges vom Land in die Stadt geflohen sind, wird auf 750 000 geschätzt. Und ungefähr eine halbe Million Afrikaner leben noch immer in Wehrdörfern, viele unter menschenunwürdigen Bedingungen. Die neue Regierung sieht sich somit vor die fast unlösbare Aufgabe gestellt, ungefähr 1,5 Millionen Menschen, fast ein Viertel der schwarzen Bevölkerung, neu anzusiedeln. Abgesehen vom Aufbau des Gesundheits- und des Schulwesens, muß für viele dieser Flüchtlinge Land zur Verfügung gestellt werden, das die Regierung zunächst kaufen muß.

Ein weiteres Problem ist die *prekäre Ernährungslage*. Nach Schätzungen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz leiden etwa eine Million Menschen bzw. 20% der Landbevölkerung an akuter Unterernährung. Die erste normale Nachkriegsernte kann erst im Mai 1981 eingebracht werden. In den nächsten 12 Monaten wird daher fast die Hälfte der schwarzen Bevölkerung von Lebensmittellieferungen abhängig sein, wenn eine regelrechte Hungersnot vermieden werden soll.

An dritter Stelle auf dem Regierungsprogramm Mugabes steht die *Sorge für die Jugendlichen*. Ende 1979 konnten 403 000 Primar- und 14 400 Sekundarschüler keine Schulen besuchen, weil diese wegen des Krieges geschlossen worden waren. Viele dieser Schulen sind bereits wieder in Betrieb genommen worden. Da die Primarschulbildung jetzt unentgeltlich ist, müssen Eltern und Kinder beim Wieder-

aufbau und bei der Ausrüstung von Schulen selbst Hand anlegen.

Weit schwieriger dürfte der Wiederaufbau des ländlichen Gesundheitsdienstes sein. Nur zwei der 48 Ärzte sind während des Krieges auf ihren ländlichen Außenposten geblieben. Mehr als ein Drittel der Kliniken sind geschlossen und müssen neu ausgerüstet werden. Vordringlich sind die Rekrutierung von Ärzten und Krankenschwestern sowie die Beschaffung von Medikamenten.

Eine vierte Priorität ist die *Verbesserung der Löhne* und der Arbeitsbedingungen der schwarzen Industriearbeiter. Sie hatten kurz nach den Wahlen in einer Reihe von Arbeitsausständen ihre Ansprüche deutlich angemeldet. Die meisten arbeiten für eine Entlohnung, die unter dem Existenzminimum liegt. Eine Familie von sechs Personen muß zur Zeit pro Monat Rh\$ 110 (rund 300 DM) verdienen, um sich ernähren zu können. Der Durchschnittslohn der Arbeiter beträgt aber nur die Hälfte. Gleichzeitig muß die Regierung versuchen, die Industrie möglichst rasch zur vollen Produktion zurückzuführen, um wenigstens für einen Teil der Arbeitslosen Stellen zu schaffen. Um die Arbeitssuchenden beschäftigen zu können, müßten aber jährlich 60 000 bis 70 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Schließlich steht die *Landfrage* an. Das der schwarzen Bevölkerung zugesprochene Land kann nach vorsichtigen Schätzungen 275 000 Farmeinheiten tragen. Zur Zeit versuchen aber mehr als 700 000 Bauernbetriebe, sich vom Boden zu ernähren. Die Regierung Mugabe glaubt, daß sie etwa 30% des weißen Farmlandes kurzfristig afrikanischen Bauern zur Verfügung stellen kann, ohne daß dadurch die Produktion der weißen Landwirtschaft beeinträchtigt wird. Langfristig müssen jedoch neue Landstriche erschlossen werden, was nur durch den kostspieligen Aufbau einer Wasserwirtschaft möglich ist.

Mugabe hat mehrmals beteuert, daß er sich an die Bestimmungen des Lancasterhouse-Abkommens halten werde, wonach alles vom Staat erworbene Land zu Marktpreisen bezahlt werden muß. Noch gibt es keine genauen Schätzungen, wieviel Geld notwendig ist, um die Landfrage angemessen zu lösen. Sicher ist aber, daß der Erwerb der Unabhängigkeit für die Landbevölkerung bedeutungslos ist, wenn sie nicht mehr und bessere Böden erhält.

Ferner ist zu bedenken, daß 61% der 6,8 Millionen Afrikaner unter zwanzig Jahre alt sind. Mit einem jährlichen Bevölkerungswachstum von 3,6 bis 3,8% – eine der höchsten Raten in der Welt – steht Simbabwe auch langfristig vor schweren wirtschaftlichen Problemen.

Simbabwes Kirche vor der Zukunft

Die 100jährige Geschichte der katholischen Kirche Simbabwes ist wohl besser dokumentiert worden als die irgendeines anderen afrikanischen Landes. Allein in den letzten Monaten sind darüber zwei bedeutende Werke erschienen: „The Catholic Church in Zimbabwe“, 1879 bis 1979 von A. J. Dachs und W. F. Rea (Mambo Presse,

Gwelo, 1979, 262 S.) und „Church and State in Rhodesia“, 1959–1979 von Ian Linden (Kaiser-Grünwald, München-Mainz, 1979, 307 S.). Von besonderem Interesse für engagierte Historiker war der langjährige Widerstand, den die Kirche gegen die Regierung Smith geleistet hat.

Nun steht die katholische Kirche Simbabwes vor einer *völlig neuen Epoche*, auf die sie besser vorbereitet sein dürfte als die meisten anderen christlichen Gemeinschaften. Dies ist einerseits der Planungsarbeit der Missionare zuzuschreiben, in der die Schweizer Immenseer Missionare führend waren. Andererseits hat die Kirche vom Londoner Katholischen Institut für Internationale Beziehungen in den letzten Jahren wesentliche Impulse erhalten. In einer in London und Gwelo gleichzeitig herausgegebenen Schriftenreihe („From Rhodesia to Zimbabwe“) wird an verschiedenen Themen gezeigt, was notwendig ist, um in Simbabwe eine neue Ordnung aufzubauen. Ein weiteres Zentrum der Planung für die Zukunft ist die Mambo Press in Gwelo.

Die *Stellung der katholischen Kirche* im zukünftigen Simbabwe gewinnt an Wichtigkeit, wenn man bedenkt, daß sie mit über 10% der Bevölkerung bei weitem am meisten Gläubige zählt. Der zweitstärksten Kirche, der anglikanischen, gehören nur 3,7% der Gesamtbevölkerung an (lediglich 2,5% der schwarzen Bevölkerung). Der Einfluß der katholischen Kirche auf die evangelischen Kirchen und auf die mehrheitlich nicht-christliche schwarze Bevölkerung Simbabwes ist kaum zu überschätzen.

Sollten die Priester und Ordensschwwestern ihren natürlichen Neigungen folgen, würden sie wahrscheinlich die Kirche in rein restaurativer Weise wiederaufbauen. Dies bezieht sich auf den materiellen wie auf den geistigen Neuaufbau. Materiell haben alle Bistümer des Landes große Verluste erlitten. In der Diözese Umtali und in der von deutschen Jesuiten verwalteten Apostolischen Präfektur Sinoia mußten die meisten ländlichen Außenposten geschlossen werden. Die einst mit Mühe gebauten Kapellen und Priesterwohnungen wurden zu einem guten Teil ausgeraubt oder zerstört.

In den vom Krieg am meisten betroffenen Gebieten hat sich die Organisation des Gemeindelebens in den letzten Jahren stark geändert. Priester und Ordensschwwestern, gleichgültig ob schwarz oder weiß, sahen sich oft genötigt, die Führung den Laien abzutreten. Die Kirche Simbabwes hat daher eine einzigartige Gelegenheit, auf Grund der im Krieg gemachten Erfahrungen, die kirchlichen Ämter und die kirchliche Arbeitsteilung neu zu überdenken.

Dazu gehört auch die Frage der *Einheimischwerdung der Missionskirche*. Nur drei der sieben Bistümer haben afrikanische Bischöfe (Salisbury, Gwelo, Umtali). Nur knapp ein Viertel der ca. 350 Priester sind schwarz. Doch überwiegt die Zahl der afrikanischen Ordensschwwestern (rund 530 Schwarze und 480 Weiße). Erfreulich ist der Zuwachs der Studenten am nationalen Priesterseminar von Chishasha bei Salisbury. Die Zahl stieg von 65 im Jahr 1976 auf 78 1978 und auf knapp 100 zu Beginn dieses Jahres. In den nächsten Monaten, ja Jahren, wird aber die Kirche notgedrungen für die geprüfte Landbevölkerung Dienst-

leistungen erbringen müssen, die ihre Energien weitgehend absorbieren. Laut Wahlmanifest der ZANU-Partei sollen die Kirchen in einem partnerschaftlichen Verhältnis gemeinsam mit der Regierung an der menschlichen Entwicklung mitarbeiten. Schon jetzt stellen die Kirchen, auf besonderen Wunsch Mugabes, die meisten der Durchgangslager für die Flüchtlinge. Auch beim Wiederaufbau des Gesundheitswesens wird die Regierung stark auf die Kirchen zurückgreifen.

Eine Neuordnung ist aber im *kirchlichen Erziehungswesen* zu erwarten. Langfristig ist anzunehmen, daß alle kirchlichen Schulen der direkten staatlichen Kontrolle unterstellt werden, wobei allerdings das kirchliche Personal gebeten werden könnte, seine Lehr- und Leitungsfunktion weiter auszuführen. Die katholische Kirche war im Kriegsjahr 1978 für die Ausbildung von 6000 schwarzen Jugendlichen verantwortlich. Diese Zahl dürfte noch dieses Jahr auf 10000 anwachsen. Weit problematischer sind die 14 katholischen Privatschulen, die mehrheitlich von Ordensschwwestern geführt werden und sich früher ausschließlich der Ausbildung weißer Jugendlicher angenommen hatten. Doch ist zu erwarten, daß diese Schulen unter dem Druck des geänderten politischen Klimas bald ebenso viele schwarze wie weiße Schüler und Schülerinnen haben (1978 war die Zusammensetzung der 4157 Studenten in katholischen Privatschulen wie folgt: Weiße 44%, Mischlinge 28%, Schwarze 20%, Asiaten 8%). Diese wie allen anderen kirchenstatistischen Angaben aus Ian Linden, a. a. O., S. 298–304).

Ein Problem besonderer Art sind die Farmen, welche die katholische Kirche seit Jahrzehnten besitzt; einige waren Geschenke von Cecil John Rhodes. Der Kirche gehören 19 Farmen mit insgesamt 185 000 Hektar; fünf müssen als Großfarmen eingestuft werden. Für die Kirche wird es nicht genügen, sich darauf zu berufen, daß die Missionsfarmen gut bewirtschaftet sind. Von ihr wird erwartet, daß sie aus freien Stücken neue landwirtschaftliche Modelle entwickelt, sei es als genossenschaftliche Farmen oder als Lehrbetriebe, um die Mittelschüler mit modernen landwirtschaftlichen Methoden vertraut zu machen.

Das Hauptthema, das zur Zeit das geistige Klima Simbabwes beherrscht, ist geradezu von biblischer Art: *Versöhnung*. In jeder Rede weist der Premierminister darauf hin. Er sieht von manchen Maßnahmen ab, die er gerne ergreifen würde (wie z. B. bei der Neubildung der Armee), um den Prozeß der Versöhnung nicht in Frage zu stellen. Anstatt der befürchteten Vergeltungsmaßnahmen hat Mugabe für alle politischen Verbrechen, die bis zum 4. März verübt worden sind, eine Totalamnestie angeordnet. Schon in ihrem Brief vom 13. Dezember 1979 haben die katholischen Bischöfe Versöhnung als die z. Zt. wichtigste Arbeit der Kirche dargestellt. In verschiedenen Pfarreien werden jetzt auch Programme entwickelt, um die Gruppen, die sich bis vor kurzem noch bekämpft hatten, einander näherzubringen. Von keiner kirchlichen Gemeinschaft wird auch diesbezüglich soviel erwartet wie von der katholischen Kirche.

Michael Traber